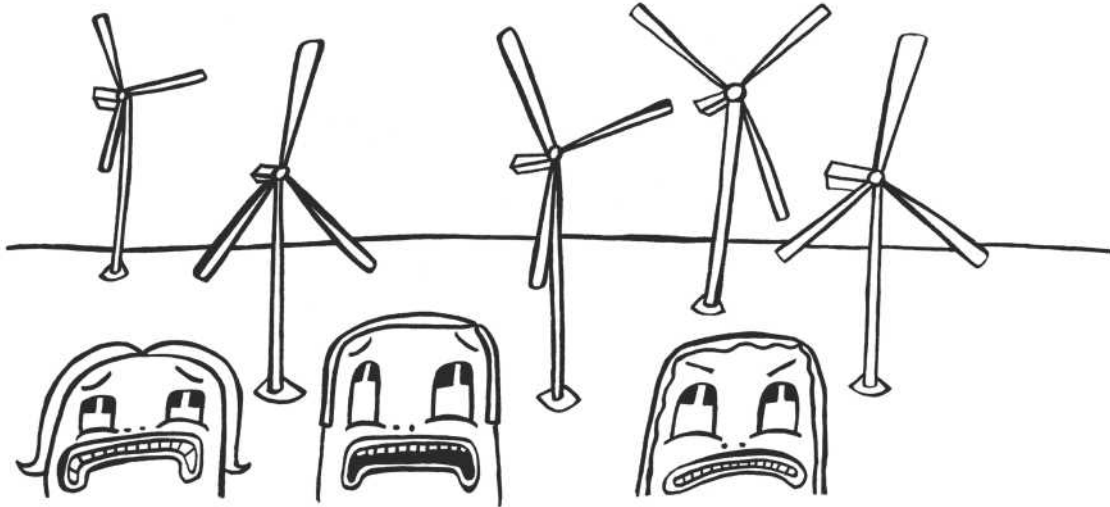


Harald Martenstein

Über den Widerstand gegen Windräder – und über Ideen, wie er gebrochen werden könnte



Einen Teil meiner Zeit verbringe ich auf dem Land, in der Uckermark. Dort sind Windräder so ziemlich Thema Nummer eins. In vielen Dörfern hängen Transparente gegen diejenigen Nachbarn, die sich, angeblich zu Höchstpreisen, Grundstücke von den Windradbetreibern haben abkaufen lassen. Es gibt sogar schon den großen deutschen Windradroman, nämlich *Unterleuten* von Juli Zeh. Theoretisch sind die meisten für Klimaschutz, aber die Zerstörung der Landschaft, eine Massenflucht der Touristen und die Halbierung des Wertes ihrer Immobilie sind Preise, die sie ungern zahlen wollen. Für dieses Phänomen – generell gerne, aber bitte nicht vor meiner Haustür – hat sich die englische Formulierung »not in my backyard« eingebürgert. Städter, die sich zur Windradphobie verständnislos äußern, sind ähnlich sensibel wie ein Mann, der sagt: »Menstruationsbeschwerden bilden sich die Frauen bloß ein.« In der Stadt gibt es nämlich keine Windräder.

So ein Städter sollte sich fragen, wie es für ihn wohl wäre, wenn sie seine Straße, gutes Viertel, zur Stadtautobahn umbauen, mit der Begründung, dass damit andernorts Zehntausende vom Durchgangsverkehr befreit werden.

Aus der SPD kommt der Vorschlag, den Widerstand gegen Windräder mit Geld zu brechen. Wer in der Nähe eines Windrades wohnt, kriegt Windbürgergeld. Da ärgert sich jeder, der in der Nähe eines Kernkraftwerks wohnt und nie Atombürgergeld gekriegt hat. Das Satireportal *Der Postillon* schlägt vor, auch die Anwohner von landwirtschaftlichen Nutzflächen zu entschädigen, mit einem Güllebürgergeld. Und wer in der Nachbarschaft einer Schilderfabrik wohnt, soll bei Lärmbelästigung durch laute Stanzgeräusche »künftig Schildbürgergeld beantragen dürfen«.

Ich finde, man könnte generell ein Gutbürgergeld auszahlen. Die Empfänger verpflichten sich, keine Bürgerinitiative zu unterstützen, außer den von der Regierung empfohlenen, und per Vollmacht ihr Stimmrecht an Saskia Esken oder Norbert Walter-Borjans zu übertragen, das immerhin darf man sich aussuchen. Weil das Gutbürgergeld eine gewisse Höhe haben muss, um zu wirken, wird ein nach Gehalt gestaffelter Solidaritätsbeitrag erforderlich sein, was als Nebeneffekt schon wieder ein Stück soziale Gerechtigkeit schafft.

Wie sich das Windbürgergeld auswirken wird, kann ich als Landpomeranze, glaube ich, recht realistisch beschreiben. Die Summe wird ja niemanden reich machen. Die meisten Wohlhabenden und Wochenendhausbesitzer werden ihre Häuser also trotzdem verkaufen, mit Verlust, klar. Insgesamt geht es mit den Dörfern bergab, obwohl Windanlagen auch ihnen Geld bringen. Noch mehr Menschen verschwinden. Die Zurückgebliebenen aber werden immer noch schlecht gelaunt sein und Windräder hassen. Vorher wohnten sie hier, weil sie es schön fanden, jetzt wohnen sie hier, weil sie keine andere Wahl haben. Aber die folgende Nachricht würde sie befrieden.

Der SPD-Parteivorstand erklärt sein Verständnis für Bürger, die nicht neben einem Windrad wohnen möchten. Die SPD hält aber noch mehr Windräder für unverzichtbar und lehnt es ab, über Alternativen nachzudenken. Deshalb werden alle Mitglieder des SPD-Vorstands ihren Wohnsitz in die Nähe eines Windrades verlegen, und zwar weniger als 1000 Meter entfernt, wie es den Forderungen der Partei entspricht und der Goldenen Regel der Ethik, die in vielen Kulturen gilt: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg auch keinem andern zu. In der Uckermark würde das Image der SPD, zurzeit vom Winde verweht, durch die Decke gehen. So geht Parteienrettung!

Harald Martenstein
ist Redakteur des »Tagesspiegels«

Illustration Martin Fengel
Zu hören unter www.zeit.de/audio